Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/515

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (19. Ausschuß)

über den von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

— Drucksache IV/463 —

A. Bericht des Abgeordneten Müller (Worms) *)

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf — Drucksache IV/463 — mit den aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Änderungen, im übrigen unverändert nach der Vorlage anzunehmen.

Bonn, den 19. Juni 1962

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Bauknecht	**Müller (Worms)**
Vorsitzender	Berichterstatter

*) *folgt als zu Drucksache IV/515*

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Zusammenstellung

des von den Fraktionen der CDU/CSU, FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

— Drucksache IV/463 —

mit den Beschlüssen des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (19. Ausschuß)

Entwurf	Beschlüsse des 19. Ausschusses
§ 1	§ 1
(1) Für Weichweizen, Roggen und Gerste inländischer Erzeugung werden für *die einzelnen Monate des* Getreidewirtschaftsjahres festgesetzt:	(1) Für Weichweizen, Roggen und Gerste inländischer Erzeugung werden für **jedes** Getreidewirtschaftsjahr **Richtpreise und Interventionspreise sowie Handelsplätze, für die diese Preise gelten,** festgesetzt:
1. Richtpreise	1. Richtpreise
a) Grundrichtpreise für den Handelsplatz Duisburg (frei Entladestelle Duisburg Hafen — Wasserlöschstelle —) — *Anlage 1* —,	a) Grundrichtpreise für den Handelsplatz Duisburg (frei Entladestelle Duisburg Hafen — Wasserlöschstelle —),
b) abgeleitete Richtpreise für bestimmte Handelsplätze (frei Entladestelle an diesen Handelsplätzen) — *Anlage 2* —.	b) abgeleitete Richtpreise für bestimmte Handelsplätze (frei Entladestelle an diesen Handelsplätzen).
2. Interventionspreise	2. Interventionspreise
a) Grundinterventionspreise für den Handelsplatz Duisburg (frei Entladestelle an dem von der Interventionsstelle bezeichneten Lager in Duisburg) — *Anlage 3* —,	a) Grundinterventionspreise für den Handelsplatz Duisburg (frei Entladestelle an dem von der Interventionsstelle bezeichneten Lager in Duisburg),
b) abgeleitete Interventionspreise für bestimmte Handelsplätze (frei Entladestelle an den von der Interventionsstelle bezeichneten Lägern dieser Handelsplätze) — *Anlage 4* —.	b) abgeleitete Interventionspreise für bestimmte Handelsplätze (frei Entladestelle an den von der Interventionsstelle bezeichneten Lägern dieser Handelsplätze).
	Die Richtpreise und Interventionspreise sowie die Handelsplätze ergeben sich für das am 1. Juni 1962 beginnende Getreidewirtschaftsjahr aus den Anlagen 1 bis 4.
(2) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die in Absatz 1 festgesetzten abgeleiteten Richtpreise und abgeleiteten Interventionspreise anderweitig festsetzen, soweit sich die für die Errechnung dieser Preise maßgeblichen Frachttarife ändern.	(2) unverändert

Entwurf

§ 3

(1) Die Richtpreise und Interventionspreise gelten für Getreide durchschnittlicher Beschaffenheit.

(2) Für aus gemischter Saat gewachsenes Mengkorn aus Weichweizen und Roggen gelten für die Anteile an Weichweizen und Roggen die festgesetzten Richtpreise und Interventionspreise.

(3) Die Interventionspreise erhöhen oder ermäßigen sich bei besserer oder geringerer Beschaffenheit des angebotenen Getreides entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes gegenüber der durchschnittlichen Beschaffenheit.

(4) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen

1. die Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides,
2. die Art und den Zeitpunkt der Feststellung dieser Merkmale,
3. die Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide, dessen Beschaffenheit besser oder geringer ist als die durchschnittliche Beschaffenheit.

§ 4

(1) *Auf* die Einfuhr- *und* Ausfuhrlizenz nach Artikel 16 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Getreide vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962, S. 933) *finden die Vorschriften des* Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 481) *und die dazu ergangenen Rechtsvorschriften über die Einfuhrgenehmigung sinngemäß Anwendung, soweit sich nicht aus der Verordnung Nr. 19 und den dazu ergangenen Durchführungsvorschriften etwas anderes ergibt oder dieses Gesetz und die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen nicht etwas anderes bestimmen.*

(2) Die Einfuhr- *oder* Ausfuhrlizenz *gilt als Einfuhr- oder Ausfuhrgenehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz.*

§ 5

Der Bundesminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Schwellenpreise für die einzelnen Monate des Getreidewirtschaftsjahres für die in Artikel 1 Buch-

Beschlüsse des 19. Ausschusses

§ 3

(1) unverändert

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates bestimmen

1. die Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides **einschließlich Braugerste,**
2. unverändert
3. die Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide **(einschließlich Braugerste),** dessen Beschaffenheit besser oder geringer ist als die durchschnittliche Beschaffenheit.

§ 4

(1) Die Einfuhr- **oder** Ausfuhrlizenz nach Artikel 16 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Getreide vom 4. April 1962 (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1962, S. 933) **gilt als Einfuhr- oder Ausfuhrgenehmigung nach dem** Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 481).

(2) **Auf** die Einfuhr- **und** Ausfuhrlizenz **finden die Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes und die dazu ergangenen Rechtsvorschriften sinngemäß Anwendung, soweit sich nicht aus der Verordnung Nr. 19 und den dazu ergangenen Durchführungsvorschriften etwas anderes ergibt oder dieses Gesetz und die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen nicht etwas anderes bestimmen.**

§ 5

Der Bundesminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Schwellenpreise für die einzelnen Monate des Getreidewirtschaftsjahres für die in Artikel 1 Buch-

Entwurf

staben a bis c der Verordnung Nr. 19 genannten Erzeugnisse.

§ 9

(1) Die auf Grund des Außenwirtschaftsgesetzes zulässigen Schutzmaßnahmen können auch zur Wahrung der durch Artikel 22 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 geschützten Belange *mit der Maßgabe* getroffen werden, *daß der* Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft ohne Zustimmung des Bundesrates *die erforderlichen* Rechtsverordnungen *erläßt.*

(2) Im übrigen kann der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates im Rahmen des Artikels 22 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen, insbesondere Bestimmungen über *eine Einfuhrsperre, mengenmäßige Beschränkungen der Einfuhr, eine Verkürzung der Gültigkeitsdauer von Einfuhrlizenzen,* Mindestpreise, eine Erhöhung des Abschöpfungssatzes, *Beimahlungspflichten,* Verwendungsbeschränkungen, eine Verpflichtung des Einführers, die einzuführenden Erzeugnisse der Einfuhr- und Vorratsstelle zur Übernahme in die Vorratshaltung zu überlassen, *über sonstige Bedingungen und Auflagen sowie über Widerrufsvorbehalte.* Dabei kann die Einfuhr- und Vorratsstelle als die für die Durchführung zuständige Stelle bestimmt werden.

§ 11

(1) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Bestimmungen erlassen, die zur Durchführung solcher Verordnungen und Entscheidungen und Richtlinien des Rates oder der Kommission erforderlich sind, die der Rat oder die Kommission im Rahmen der Marktorganisation für Getreide nach den Bestimmungen des Zweiten Teils Titel II des Vertrages

Beschlüsse des 19. Ausschusses

staben a bis c der Verordnung Nr. 19 genannten Erzeugnisse; **dabei können für Saatgetreide im Sinne des Saatgutgesetzes vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) und für Braugerste besondere Zu- und Abschläge festgesetzt werden.**

§ 9

(1) Die auf Grund des Außenwirtschaftsgesetzes zulässigen Schutzmaßnahmen können auch zur Wahrung der durch Artikel 22 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 geschützten Belange getroffen werden; **soweit nach dem Außenwirtschaftsgesetz hierfür** Rechtsverordnungen **erforderlich sind, werden sie vom** Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft ohne Zustimmung des Bundesrates **erlassen.**

(2) Im übrigen kann der Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates im Rahmen des Artikels 22 Abs. 1 der Verordnung Nr. 19 die erforderlichen Schutzmaßnahmen treffen, insbesondere Bestimmungen über eine Erhöhung des Abschöpfungssatzes, Mindestpreise, **Vermahlungsregelung und Beimischungspflichten,** Verwendungsbeschränkungen **sowie** eine Verpflichtung des Einführers, die einzuführenden Erzeugnisse der Einfuhr- und Vorratsstelle zur Übernahme in die Vorratshaltung zu überlassen. Dabei kann die Einfuhr- und Vorratsstelle als die für die Durchführung zuständige Stelle bestimmt werden.

§ 10 a

Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit den Bundesministern der Finanzen und für Wirtschaft für Einfuhren aus Frankreich in das Saarland im Rahmen der Kontingente, die nach Artikel 63 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 1587) vereinbart worden sind, durch allgemeine Verwaltungsvorschriften Abgabenvergünstigungen gewähren, die im wesentlichen den Abgabenvergünstigungen gleichwertig sind, die auf Grund des Artikels 63 des Saarvertrages in Anspruch genommen werden könnten. Durch diese Verwaltungsvorschriften kann bestimmt werden, daß der Antragsteller von der Hinterlegung einer Geldsumme oder der Leistung einer Bankbürgschaft (§ 7) befreit wird.

§ 11

(1) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung **des Bundestages und** des Bundesrates die Bestimmungen erlassen, die zur Durchführung solcher Verordnungen und Entscheidungen und Richtlinien des Rates oder der Kommission erforderlich sind, die der Rat oder die Kommission im Rahmen der Marktorganisation für Getreide nach den Bestimmungen des Zweiten Teils Titel II

Entwurf

zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erläßt; dabei kann die Einfuhr- und Vorratsstelle als die für die Durchführung zuständige Stelle bestimmt werden.

(2) Die Bundesregierung kann ihre Befugnis nach Absatz 1 auf einzelne Bundesminister übertragen.

§ 12

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer Vorschrift einer nach § 9 oder nach § 11 ergangenen Rechtsverordnung oder einer auf Grund dieser Verordnungen erlassenen vollziehbaren Verfügung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann,

1. wenn sie vorsätzlich begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu 50 000 Deutsche Mark,
2. wenn sie fahrlässig begangen ist, mit einer Geldbuße bis zu 25 000 Deutsche Mark

geahndet werden.

(3) Die Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 verjährt in 2 Jahren.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit die Ordnungswidrigkeit als Bannbruch gemäß § 401 a oder gewerbsmäßiger Bannbruch gemäß § 401 b der Reichsabgabenordnung zu ahnden ist.

(5) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 73 Abs. 1 des Ordnungswidrigkeitsgesetzes ist die Einfuhr- und Vorratsstelle.

§ 13

(1) Die Bußgeldvorschrift*en* des § 12 *gelten* auch für denjenigen, der als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person, als Mitglied eines solchen Organs oder als gesetzlicher Vertreter eines anderen handelt. Dies gilt auch dann, wenn die Rechtshandlung, welche die Vertretungsbefugnis begründen sollte, unwirksam ist.

(2) Den in Absatz 1 bezeichneten Personen steht gleich, wer mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Unternehmens oder eines Teils des Unternehmens eines anderen beauftragt oder von diesem ausdrücklich damit betraut ist, in eigener Verantwortung Pflichten zu erfüllen, *deren Nichterfüllung nach § 12 geahndet wird.*

§ 14

Begeht jemand in einem Unternehmen eine Zuwiderhandlung nach § 12, so kann gegen den Inhaber oder Leiter des Unternehmens oder den gesetzlichen Vertreter des Inhabers oder ein Mitglied des

Beschlüsse des 19. Ausschusses

des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erläßt; dabei kann die Einfuhr- und Vorratsstelle als die für die Durchführung zuständige Stelle bestimmt werden.

(2) unverändert

§ 12

(1) unverändert

(2) unverändert

Absatz 3 entfällt

siehe § 15a

(4) unverändert

Absatz 5 entfält

siehe § 15a

§ 13

(1) Die Bußgeldvorschrift des § 12 **gilt** auch für denjenigen, der als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person, als Mitglied eines solchen Organs oder als gesetzlicher Vertreter eines anderen handelt. Dies gilt auch dann, wenn die Rechtshandlung, welche die Vertretungsbefugnis begründen sollte, unwirksam ist.

(2) Den in Absatz 1 bezeichneten Personen steht gleich, wer mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Unternehmens oder eines Teils des Unternehmens eines anderen beauftragt oder von diesem ausdrücklich damit betraut ist, in eigener Verantwortung Pflichten zu erfüllen, **welche die nach § 9 oder nach § 11 ergangenen Rechtsverordnungen oder eine auf Grund dieser Verordnungen erlassene vollziehbare Verfügung auferlegen.**

§ 14

Begeht jemand in einem Unternehmen eine Zuwiderhandlung nach § 12, so kann gegen den Inhaber oder Leiter des Unternehmens oder den gesetzlichen Vertreter des Inhabers oder ein Mitglied des

Entwurf

zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs einer juristischen Person oder einen vertretungsberechtigten Gesellschafter einer *Personengesellschaft* eine Geldbuße nach Maßgabe des § 12 festgesetzt werden, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig ihre Aufsichtspflicht verletzt haben und die Zuwiderhandlung hierauf beruht.

§ 18

Dieses Gesetz tritt *am* 1. Juli 1962 in Kraft.

Beschlüsse des 19. Ausschusses

zur gesetzlichen Vertretung berufenen Organs einer juristischen Person oder einen vertretungsberechtigten Gesellschafter einer **Personenhandelsgesellschaft** eine Geldbuße nach Maßgabe des § 12 festgesetzt werden, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig ihre Aufsichtspflicht verletzt haben und die Zuwiderhandlung hierauf beruht.

§ 15 a

(1) Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Sinne dieses Gesetzes verjährt in zwei Jahren.

(2) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 73 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Einfuhr- und Vorratsstelle. Sie entscheidet auch über die Abänderung und Aufhebung eines rechtskräftigen, gerichtlich nicht nachgeprüften Bußgeldbescheides (§ 66 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten).

§ 15 b

Die Bestimmungen der §§ 39 bis 41 des Außenwirtschaftsgesetzes über Einziehung, Einziehung des Wertersatzes und Entschädigung finden bei Zuwiderhandlungen nach § 12 dieses Gesetzes Anwendung.

§ 18

Dieses Gesetz tritt **mit Wirkung vom** 1. Juli 1962 in Kraft **mit Ausnahme der §§ 12 bis 15 b, die am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft treten.**

Entwurf

Anlage 1
(zu § 1 Nr. 1 Buchstabe a)

Grundrichtpreise für den Handelsplatz Duisburg (frei Entladestelle Duisburg Hafen — Wasserlöschstelle —)

	I Weichweizen	II Roggen	III Gerste
	in DM je t		
1962			
Juli	475,50	432,50	412,00
August	475,50	432,50	412,00
September	*479,50*	*436,50*	412,00
Oktober	*483,50*	*440,50*	*415,30*
November	*487,50*	*444,50*	*418,60*
Dezember	*491,50*	*448,50*	*421,90*
1963			
Januar	*495,50*	*452,50*	*425,20*
Februar	*499,50*	*456,50*	*428,50*
März	*503,50*	*460,50*	*431,80*
April	*507,50*	*464,50*	*431,80*
Mai	*511,50*	*468,50*	*431,80*
Juni	*515,50*	*472,50*	*431,80*

aus **Anlage 2**
(§ 1 Nr. 1 Buchstabe b)

	Weichweizen	Roggen	Gerste
	DM		
Land Hamburg	466,10	423,10	402,60
Land Berlin (Westsektor)	460,50	417,50	397,00
Land Bremen	468,40	425,40	404,90

Die vorgenannten Preise gelten für Juli 1962; sie erhöhen sich um die *in* der Anlage 1 *festgesetzten* Monatszuschläge.

Beschlüsse des 19. Ausschusses

Anlage 1
(zu § 1 Nr. 1 Buchstabe a)

Grundrichtpreise für den Handelsplatz Duisburg (frei Entladestelle Duisburg Hafen — Wasserlöschstelle —)

	Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t		
1962			
Juli	475,50	432,50	412,00
August	475,50	432,50	412,00
September	**480,00**	**437,00**	412,00
Oktober	**484,50**	**441,50**	**416,00**
November	**489,00**	**446,00**	**420,00**
Dezember	**493,50**	**450,50**	**424,00**
1963			
Januar	**498,00**	**455,00**	**428,00**
Februar	**502,50**	**459,50**	**432,00**
März	**507,00**	**464,00**	**436,00**
April	**511,50**	**468,50**	**436,00**
Mai	**516,00**	**473,00**	**436,00**
Juni	**520,50**	**477,50**	**436,00**

aus **Anlage 2**
(§ 1 Nr. 1 Buchstabe b)

	Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM **je t**		
Land Hamburg	466,10	423,10	402,60
Land Berlin	460,50	417,50	397,00
Land Bremen	468,40	425,40	404,90

Die vorgenannten Preise gelten für Juli 1962; sie erhöhen sich um die **aus** der Anlage 1 **ersichtlichen** Monatszuschläge.

Entwurf

Anlage 3
(zu § 1 Nr. 2 Buchstabe a)

Grundinterventionspreise für den Handelsplatz Duisburg

(frei Entladestelle an dem von der Interventionsstelle bezeichneten Lager in Duisburg)

	I Weichweizen	II Roggen	III Gerste
	in DM je t		
1962			
Juli	442,50	402,50	383,50
August	442,50	402,50	383,50
September	*446,50*	*406,50*	*383,50*
Oktober	*450,50*	*410,50*	*386,80*
November	*454,50*	*414,50*	*390,10*
Dezember	*458,50*	*418,50*	*393,50*
1963			
Januar	*462,50*	*422,50*	*396,70*
Februar	*466,50*	*426,50*	*400,00*
März	*470,50*	*430,50*	*403,30*
April	*474,50*	*434,50*	*403,30*
Mai	*478,50*	*438,50*	*403,30*
Juni	*482,50*	*442,50*	*403,30*

aus **Anlage 4**
(zu § 1 Nr. 2 Buchstabe b)

	Weich- weizen	Roggen	Gerste
	DM		
Süderbrarup	431,50	391,50	372,50
Wankendorf	431,50	391,50	372,50
Burgstaaken	430,50	390,50	371,50
Land Hamburg	433,50	393,50	374,50
Land Berlin (Westsektor)	427,50	387,50	368,50
Land Bremen	435,50	395,50	376,50

Die vorgenannten Preise gelten für Juli 1962; sie erhöhen sich um die *in* der Anlage 3 *festgesetzten* Monatszuschläge.

Beschlüsse des 19. Ausschusses

Anlage 3
(zu § 1 Nr. 2 Buchstabe a)

Grundinterventionspreise für den Handelsplatz Duisburg

(frei Entladestelle an dem von der Interventionsstelle bezeichneten Lager in Duisburg)

	Weichweizen	Roggen	Gerste
	in DM je t		
1962			
Juli	442,50	402,50	383,50
August	442,50	402,50	383,50
September	**447,00**	**407,00**	383,50
Oktober	**451,50**	**411,50**	**387,50**
November	**456,00**	**416,00**	**391,50**
Dezember	**460,50**	**420,50**	**395,50**
1963			
Januar	**465,00**	**425,00**	**399,50**
Februar	**469,50**	**429,50**	**403,50**
März	**474,00**	**434,00**	**407,50**
April	**478,50**	**438,50**	**407,50**
Mai	**483,00**	**443,00**	**407,50**
Juni	**487,50**	**447,50**	**407,50**

aus **Anlage 4**
(zu § 1 Nr. 2 Buchstabe b)

	Weich- weizen	Roggen	Gerste
	in DM **je t**		
Süderbrarup	431,50	391,50	372,50
Wankendorf	431,50	391,50	372,50
Burgstaaken	430,50	390,50	371,50
Land Hamburg	433,50	393,50	374,50
Land Berlin	427,50	387,50	368,50
Land Bremen	435,50	395,50	376,50

Die vorgenannten Preise gelten für Juli 1962; sie erhöhen sich um die **aus** der Anlage 3 **ersichtlichen** Monatszuschläge.